

KOLUMNE

Ladenhüter
wieder gefragt

Erstmals ist in diesem Herbst das Kräfteverhältnis am Lehrstellenmarkt gekippt: Nachdem die Wirtschaft jahrelang aus einem breiten Angebot an Bewerbern schöpfen konnte, gibt es nun wieder mehr offene Lehrstellen als unversorgte Bewerber. Das gilt zwar „nur“ im Schnitt und unter Vernachlässigung der vielen Zehntausend Jugendlichen, die weiter in den Warteschleifen auf eine Chance warten oder ganz aufgegeben haben. Aber es ist der Startschuss für die neue Knappheit am Ausbildungsmarkt, die in den kommenden Jahren noch wachsen wird.



BARBARA GILLMANN

Korrespondentin
Handelsblatt

Und wie immer, wenn ein Gut knapp oder teuer wird, entdeckt der Nachfrager auch die bisher verschmähten Ladenhüter neu. In diesem Fall sind das – so bitter das klingen mag – die Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Sie sollen nun die Lücke füllen und sicherstellen, dass der drohende Facharbeitermangel weniger schlimm ausfällt.

In der Vergangenheit waren die Migrantenkids zunehmend zu den Stiefkindern des Lehrstellenmarkts geworden: Je größer das Angebot, desto schlechter wurden die Chancen der türkischen, arabischen oder osteuropäischen Jugendlichen. Heute sind sie unter den Lehrlingen der Nation drastisch unterrepräsentiert.

Natürlich gibt es dafür einen sachlichen Grund: Wer schlechter Deutsch spricht, ist als Lehrling weniger gefragt. Das ist es aber nicht allein: Eine Befragung des Bundesinstituts für berufliche Bildung ergab eindeutig, dass die Chancen von Migranten auch dann deutlich geringer sind, wenn sie gute oder sehr gute Mathematiknoten haben. Selbst die Bundesregierung stellte fest, dass bei Bewerberüberschuss „mögliche Vorbehalte“ gegen Migranten eben stärker wirken als bei ausgeglichener Markt.

Schade eigentlich. Gäbe es die Vorbehalte nicht, stünden heute sowohl die Jugendlichen als auch die Betriebe besser da. Die neue Knappheit birgt nun die Chance auf eine bessere Integration der jungen Migranten in den Arbeitsmarkt. Das wäre ein Gewinn nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt.

Unterrichtsfach Berufswahl

WIRTSCHAFT UND SCHULE: Wie Jugendliche den Einstieg in den Job schaffen

BRITTA MERSCH | DÜSSELDORF

Wenn die Schüler der Hauptschule Bernburgstraße in Düsseldorf-Eller ihre Schulsachen sortieren, müssen sie nicht nur Material für Mathematik, Deutsch oder Englisch einpacken. Ab der siebten Klasse steht auch einmal in der Woche Berufsvorbereitung auf dem Stundenplan: „Dieser Schwerpunkt ist bei uns ein bedeutendes Thema“, sagt Schulleiter Klaus-Peter Vogel. Bis zum Schulabschluss lernen die Schüler unterschiedlichste Berufe kennen, bekommen Spezialunterricht in Technik oder Informatik und trainieren die Formalia von Bewerbungsschreiben und Lebenslauf.

Ab der achten Klasse kommen sie außerdem mit möglichen Arbeitgebern in Berührung. „Da starten wir die Betriebserkundungen, bei denen die Schüler einmal das Klima in einem Unternehmen erschnuppern können“, so Klaus-Peter Vogel. Und ab der neunten Klasse stehen auch Praktika in Unternehmen auf dem Programm. Partner der Schule sind etwa die Düsseldorfer Stadtwerke, bei denen die Schüler nicht nur die Arbeitsabläufe in einem Betrieb kennenlernen, sondern auch probeweise Einstellungstests absolvieren können.

Der Einsatz lohnt sich. Der Neuntklässler Tobias Selent weiß schon jetzt, was er werden möchte. Er interessiert sich für eine Ausbildung zum System-Informatiker – ein Berufsfeld, auf das er bei den Stadtwerken aufmerksam geworden ist. „Schon in der fünften Klasse habe ich an einer Besichtigung der Stadtwerke teilgenommen“, sagt Tobias, „und ich war überrascht, welche Berufe es dort gibt.“ Für die Ferien plant er sogar ein Praktikum.

Ein Engagement, das bei Jugendlichen in der neunten Klasse bemerkenswert ist. So fit wie die Schüler der Hauptschule in Düsseldorf sind längst nicht alle Jugendlichen. Viele haben bis zum Schulabschluss noch keine wirkliche Vorstellung davon, was sie eigentlich werden können.

Rudolf Schröder, Professor mit Schwerpunkt Berufsorientierung am Institut für Ökonomische Bildung der Universität Oldenburg, überrascht das kaum: „Die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ist ein defizitärer Bereich.“ Eine Einschätzung, die der aktuelle Bundesbildungsbericht bestätigt: Der Übergang in eine berufliche Ausbildung gestaltet sich oft kompliziert und langwierig und stellt für bestimmte Gruppen von Jugendlichen ganz erhebliche Barrieren dar, heißt es dort.

Besonders hart trifft es die Schulabgänger mit oder ohne Hauptschulabschluss: Nur ein Drittel von ihnen schafft im Laufe von 18 Monaten, einen Ausbildungsplatz zu ergattern. Nach zweieinhalb Jahren sind es gerade einmal die Hälfte. Zu den Ursachen zählen fehlendes Fachwissen und Unkenntnis der eigenen Stärken. Ein Problem liegt aber auch bei den Unternehmen: „Viele Arbeitgeber wollen Bewerber mit Hauptschulabschluss schon deshalb nicht einstellen, weil sie als schlecht ausgebildet gelten“, sagt Rudolf Schröder, „es ist wie eine Stigmatisierung.“

Aus diesem Grund sind besonders die Hauptschüler auf Hilfe bei der Berufsvor-



bereitung angewiesen. Einige Stiftungen haben ihr Engagement in den vergangenen Jahren verstärkt. Eine von ihnen ist die Stiftung Partner für Schule, die seit 2004 in Nordrhein-Westfalen (NRW) aktiv ist. 31 Unternehmen sind Partner der Stiftung und leisten finanzielle und organisatorische Unterstützung. „Das Geld, das wir zur Verfügung haben, geben wir für Schulen aus“, sagt Sprecher Hermann Meuser. Die Stiftung versucht, Schulen und Unternehmen stärker zusammenzubringen: „Wir setzen uns dafür ein, dass Schüler schon früh die Betriebe kennenlernen.“

In Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit gibt es außerdem das Projekt „Zukunft fördern“, bei dem die Schulen Mittel zur Verfügung bekommen, um die Jugendlichen besser auf den Berufseinstieg vorzubereiten. So finden in unterschiedlichen Regionen von NRW regelmäßig Berufsorientierungscamps statt, in denen die Schüler herausfinden sollen, welcher Beruf zu ihnen passen könnte.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Stiftung der deutschen Wirtschaft, die gerade in Kooperation mit dem Bundesbildungsministerium ein ähnliches Projekt ins Leben gerufen hat, das mit 3,2 Mio. Euro gefördert wird. Insgesamt 360 Hauptschüler bekommen künftig für drei Jahre ein umfassendes Beratungs- und Informationsprogramm. Zwei Jahre lang steht die Berufsvorbereitung im Vordergrund, auch im ersten Ausbildungsjahr werden die Jobeinstiege betreut: „Wir richten uns speziell an Hauptschulen, weil hier oft Vorbilder im Freundes- oder Familienkreis fehlen“, sagt Christian Lange von der Stiftung der deutschen Wirtschaft. Zum Training gehören Workshops zu unterschiedlichen Themen, etwa Selbstorganisation, Bewerbungstraining oder Konfliktmanagement.

Maßnahmen, die eine Menge bringen und die Rudolf Schröder lobt – die ihm aber noch nicht weit genug gehen. In einem Eckpunkte-Papier zum Thema Berufsorientierung in der Schule hat er Empfehlungen an Schulen formuliert: „Oft werden die Kinder weder in der Schule noch im Elternhaus genug vorbereitet.“ Das sei aber dringend nötig, denn gleichzeitig könnten viele Stellen nicht besetzt werden. Laut einer IHK-Umfrage in Norddeutschland blieben im vergangenen Jahr 17 Prozent der Ausbildungsplätze in dieser Region frei.

Eine der Forderungen Schröders: Die Berufsorientierung soll fest in die Lehrpläne integriert werden – eine Entscheidung, die nur auf Landes- oder Bundesebene gefällt werden kann. „Hier könnten Schüler wesentliches Grundwissen erlernen, das sie später auf dem Arbeitsmarkt benötigen“, sagt Rudolf Schröder, „etwa die Frage, wie Unternehmen Mitarbeiter auswählen.“

Bislang haben nur wenige Schulen eine wirtschaftliche Ausbildung in ihre Lehrpläne integriert – das Thema wird in einigen Fächern nur am Rande behandelt. Als vorbildlich gilt hier Niedersachsen: Für Schüler der Real- und Hauptschulen ist das Fach „Wirtschaft“ mittlerweile Pflicht.

Auszubildender im Beruf Mechatroniker am Schraubstock – der Übergang von der Schule in den Beruf ist oft kompliziert. An vielen Schulen fehlen Konzepte zur Berufsorientierung.

Kaum bekannt,
aber effizient

BIRGITTA VOM LEHN | BREMEN

Der schwarz-grüne Senat in Hamburg plant, in jedem Bezirk eine sogenannte Produktionsschule zu errichten. „Die neuen Schulen in freier Trägerschaft richten sich insbesondere an Schulschwänzer und Abbrecher, die konsequent an Produktionsabläufe und an geregeltes Lernen herangeführt und auf eine Ausbildung vorbereitet werden sollen“, sagt Annette Witt-Barthel, Sprecherin der Hamburger Schulbehörde.

Der Hintergrund: Die bislang einzige an der Elbe existierende Produktionsschule Altona (PSA) zeigt gute Erfolge. Auch Mecklenburg-Vorpommern setzt seit vier Jahren verstärkt auf diesen Schultyp: Sechs Produktionsschulen werden inzwischen unter anderem aus Landes- und Kommunalmitteln gefördert. Eine erste Evaluation zeigt ein positives Fazit: Jeder Dritte findet einen Ausbildungsplatz.

Kein Wunder also, dass Produktionsschulen im Trend liegen. Im vergangenen Jahr wurde sogar ein eigener Bundesverband aus der Taufe gehoben: der Bundesverband Produktionsschulen mit Sitz in Hannover. „Dabei sind Produktionsschulen eigentlich uralte“, erklärt PSA-Geschäftsführer und Bundesverbands-Vorsitzender Thomas Johansen. Vor über 100 Jahren hießen sie Arbeits-, Land- und Industrieschulen. Hier sollten junge Leute durch Arbeit aufs Arbeitsleben vorbereitet werden. Mit dem Aufstieg eines überwiegend kopflastig geprägten Bildungsbegriffs gerieten die handwerklich orientierten Schulen allerdings ins Abseits.

Sozialpädagogen der Universität Hannover haben die sechs Produktionsschulen in Mecklenburg-Vorpommern zwei Jahre lang wissenschaftlich begleitet. Studienleiterin Cortina Gentner: „Wenn man bedenkt, dass ein Drittel der Produktionsschüler Förderschüler und 50 Prozent Schulabbrecher sind, die auf dem normalen Arbeitsmarkt ohnehin keine Chance gehabt hätten, dann ist das Ergebnis als positiv zu bezeichnen.“ Denn knapp ein Drittel der Produktionsschüler findet laut Studie einen Ausbildungsplatz, jeder zehnte wird von den Arbeitsagenturen erneut in eine Vorbereitungsschleife zur Berufsschule geschickt, sieben Prozent finden eine Beschäftigung, und ein Drittel wird arbeitslos.

„Wir haben es hier mit Leuten zu tun, die nicht mehr gern lernen wollen. Die kann man nicht einfach in die Schulbank setzen“, sagt Johansen. In der Produktionsschule werden reale Waren und Dienstleistungen hergestellt und auf dem Markt zu regulären Preisen verkauft. In Hamburg versorgt die PSA zum Beispiel in ihrer Kantine täglich Gäste aus den umliegenden Büros und Betrieben mit frischen Mahlzeiten.

Leserforum

Sicherheit
zuerst

Zu unseren Berichten über die Finanzkrise

Der Slogan „Wenn's um Geld geht: Sparkasse“ hört sich altmodisch an und ist auch in den letzten Wochen und Monaten aufgrund der politischen Diskussion über die Veränderung im deutschen Sparkassensektor als solcher angesehen worden. Doch mit der Finanzkrise und den wachsenden Ängsten der Bürger gewinnt dieser Satz eine ganz neue Bedeutung. Die Sparkassen sind für Geldanleger attraktiv geworden. Die ersten Investmentbanker retten ihre Ersparnisse und bringen sie ausgerechnet auf Konten der Sparkassen. Denn Sicherheit ist in diesen Tagen Trumpf, das garantiert das System der Sparkassen-Finanzgruppe. Anders als bei Privatbanken sind hier die Einlagen in unbegrenzter Höhe gesichert. Der Sparkassenverband hat eine Institutsicherung, die Mitgliedsparkassen können nicht pleitegehen, weil sie sich zuvor immer gegenseitig retten.

Deutschland ist der einzige Staat mit einem dreigliedrigen Bankensystem: Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Privatbanken. Diese Sonderstellung ist umstritten, doch vor dem Hintergrund der Finanzkrise könnte diese Diskussion etwas kleinlauter werden. Bisher wurde die Leistungsfähigkeit des Bankenmarktes und hohe Gewinne privater Bankenkonzerne gleichgesetzt. Heute fragen die Kunden erst nach der Sicherheit und nehmen einen etwas geringeren Renditeertrag in Kauf.

Hans-Rudolf Potstawa, Geseke

Welche Krise?

Zu „Gesetz des Handelns“, vom 15.10.2008

Auf die Krise, die Kernschmelze, den Super-Gau, die drohende Weltwirtschaftskrise ... um nur einige Bezeichnungen zu wählen. Aber was ist die Krise? Herr Sanio wurde gestern in Ihrer Zeitung mit den Worten zitiert, die Banken stecken in einer Liquiditätskrise. In der Tat, der Interbankenmarkt steht den Banken nicht mehr zur Liquiditätssteuerung zur Verfügung. Aber die EZB und die nationalen Notenbanken versorgen die Banken unverändert mit Liquidität. Auch erfreuen sich Sparkassen und die Finanzagentur zunehmender Liquiditätszuflüsse. Das gestern im Entwurf veröffentlichte Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz eröffnet auch Möglichkeiten der Liquiditätsverbesserung. Jedoch wird gemeldet, es sei noch nicht erkennbar, ob die Banken diese Möglichkeiten nutzen werden. Ist das ein Hinweis darauf, dass die Banken nicht am ertrinken sind? Besteht das Problem vielleicht weniger aufseiten der Liquidität als vielmehr darin, dass Verluste das Eigenkapital reduzierten?

Was also ist die Krise? Erst wenn diese Frage geklärt ist, sollte nach Lösungen gesucht werden. Aber auch bei den Lösungen scheint nur eine einzige Handlungsalternative möglich gewesen zu sein. Die Banken mussten gerettet werden, da andernfalls die Kernschmelze, die Weltwirtschaftskrise, das totale Desaster eingetreten wäre. Das Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft wurde als Risiko identifiziert. Die Volkswirtschaft muss mit Krediten versorgt werden. Aber gibt es, gerade im Hinblick auf die deutsche Banken-

landschaft, nicht eine Vielzahl von Möglichkeiten, dies sicherzustellen, auch wenn die eine oder andere Bank möglicherweise unter Institutsaufsicht gestellt wird? Erstaunlicherweise hat aber das Aufsichtsamt bisher keine Maßnahmen nach Paragraph 45 ff KWG gegen eine Bank erlassen. Das spricht dafür, dass offenbar gar keine Krise besteht. Was also ist die Krise, und wofür öffnen die Politiker den Geldsack?

Vielleicht haben die Politiker ein Lob verdient, weil sie genau das richtige in der „Krise“ (?) getan haben. Beim Niedergang der IKB sprach Herr Sanio von der größten Bankenkrise. Ab diesem Zeitpunkt war die Krise in aller Munde – aber was ist die Krise? Es mag fraglich sein, ob die Rettung der IKB notwendig war. Wäre der Staat nicht als Retter aufgetreten, hätten Milliarden gespart werden können. Ob die IKB-Krisenbewältigung daher Lob verdient, mag fraglich sein. Gerade wird ein viel umfangreicheres Ausgabenpaket geschürt. Hoffentlich können wir uns bald mit guten Gründen Ihrem Lob auf die Politiker anschließen.

Vielleicht besteht die Krise auch darin, dass die USA ein größeres mehrjähriges Konjunkturprogramm über die privaten Banken abgewickelt haben und die Banken erst jetzt feststellen, dass sie dieses Konjunkturprogramm ohne Refinanzierung aus dem Staatshaushalt ausgereicht hatten. Offenbar übernehmen nun die USA und der Rest der Welt die Kosten für das vorfinanzierte US-Konjunkturprogramm.

Hubert Schmid

Absurde Subventionen für Kraftwerke

Zu „Emissionshandel mit Augenmaß“, 14.10.2008

Die verheerenden Auswirkungen der Verbrennung von Kohle auf das Weltklima sind hinlänglich bekannt. Dass neue Kohlekraftwerke aber auch unter ökonomischen Aspekten völlig irrational sind, zeigen die Forderungen des Vorstandsvorsitzenden der RWE AG Jürgen Grossmann hinsichtlich der Ausgestaltung des Emissionshandels ab 2013 an die Politik. Der Handel von Emissionszertifikaten wurde mit dem Ziel eingeführt, die CO₂-Emissionen von Kraftwerken und Industriebetrieben auf marktwirtschaftlichem Weg zu reduzieren. In der ersten Handelsperiode von 2005 bis 2007 wurden den betreffenden Unternehmen die Berechtigungspapiere kostenlos zugeteilt. Seit 2008 bis zum Ende der zweiten Handelsperiode im Jahr 2012 müssen knapp zehn Prozent der Emissionszertifikate ersteigert werden. Die restlichen gut 90 Prozent werden weiterhin kostenlos zugeteilt.

Übliche Praxis der Stromproduzenten ist es jedoch, den aus dem Börsenhandel resultierenden Preis mit der Anzahl aller Zertifikate – also auch den geschenkt – zu multiplizieren und den hieraus resultierenden Betrag anschließend komplett auf den Strompreis umzulegen. Enorme Kosten für die Verbraucher und zusätzliche Milliarden-Gewinne für RWE, Eo und Co sind die Folge.

Pläne der EU sehen nun aber vor, ab dem Jahr 2013 sämtliche Emissionszertifikate zu versteigern. An dieser Stelle sieht Herr Grossmann die zukünftigen Investitionen seines Unternehmens RWE in neue Kohlekraft-

Das Kraftwerk Frimmersdorf: Es wird mit Braunkohle befeuert und hat einen sehr hohen CO₂-Ausstoß.

werke gefährdet. Seiner Ansicht nach sind neue Kohlekraftwerke nur dann wirtschaftlich zu errichten und zu betreiben, wenn die ungerechtfertigten Extra-Profiten aus der kostenlosen Zuteilung der Emissionszertifikate auch nach 2013 generiert werden können.

Verkehrte Welt! Die bisher bereits völlig fehlgeleitete Ausgestaltung des Emissionshandels, nichts anderes als eine absurde Subvention neu zu bauender Kohlekraftwerke unter unverdächtigem Namen, soll auf unbestimmte Zeit weitergeführt werden. Mit dubiosen Argumentations-

Tricks sollen Steinzeit-Technologien am Leben erhalten werden, die jeglichen Anstrengungen zu weniger CO₂-Emissionen diametral entgegenstehen.

Die EU und die Bundesregierung wären gut beraten, sich von den dreisten Forderungen der Kohlekraftwerksbetreiber nicht beeindrucken zu lassen. Zur Beendigung der unverhältnismäßigen Subventionierung von klimazerstörenden Kohlekraftwerken ist eine Versteigerung aller Zertifikate im Rahmen des Emissionshandels unabdingbar.

Udo Hamisch, Düren

Bail-out auf
Bayerisch

Zur Kolumne „Überwindung der Angst“ vom 10.10.2008

Eahname ordnungspolitischn Einspruch lies i oiwei so gern, weils ma gfalln und weils i meistens voosteh. Aba jeds Moi hauns ma oans oda zwoa so Fremdwörta nei, dee woo i need voosteh und wo i ma üba den Sinn voo dem was schriem iis Gedankn macha muaß.

Dees Moi: Bail-out! Wenns gmoant ham, daes um die Übernahme und die Rückzahlung von Schulden oda Verpflichtungen durch andane als die Schuldna oda Verpflichteten geht, dann bin i bei Eahna.

Unsa Deesichte Sprach iis so schee und so guad, daes ma miid ihr aa de amerikanschn Entwicklungen jeda Art erklärn kaenntn, wenn mia woilln! Und Boarisch erscht!

Mit freindliche Grüäß
Winfried WalterSchreiben
Sie uns:Ihre Meinung erreicht uns
per E-Mail unter:
hb.leserbrief@vhb.de
oder per Post an:Redaktion Handelsblatt,
Leserbriefe und Kommentare
Postfach 101 10,
42002 DüsseldorfWir behalten uns vor,
Leserbriefe auch gekürzt
zu veröffentlichen.